

22. Juni 2022

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 22.06.2022



Die Zukunft soll generationengerecht gestaltet werden. Forderungen an politische Akteure durch das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit und durch Bischof Harald Rückert unterstreichen das.
Bildnachweis: ÖNK-Logo

Forderungen für mehr Generationengerechtigkeit

Bischof Harald Rückert unterstützt eine Petition an die Bundesregierung. Außerdem wendet er sich an vier deutsche Abgeordnete des EU-Parlaments.

Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit (ÖNK) plant zur ökumenischen Schöpfungszeit im September dieses Jahres einen Aufruf an die Bundesregierung, sich bei der Weltklimakonferenz entschieden für deutlich engagiertere Klimaziele einzusetzen. Als Vorsitzende der G7-Staaten habe die Bundesregierung die Möglichkeit, zusammen mit den anderen wirtschaftlich starken Nationen auf eine Erhöhung der Klimafinanzierung und auf einen angemessenen Umgang mit klimabedingten Verlusten und Schäden hinzuwirken.

Bischof Rückert unterstützt ÖNK-Petition

Die im ÖNK verbundenen kirchlichen Akteure appellieren mit ihrer Petition an die reichen Industrienationen, die Krisenspirale für die ärmsten und von der Klimakrise am stärksten betroffenen Menschen zu durchbrechen. Bis zum 30. Juni haben Organisationen und Gruppen die Möglichkeit, sich als Erstunterzeichner hinter den Aufruf zu stellen. Harald Rückert, der für Deutschland zuständige Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK), hat in der zurückliegenden Woche den Aufruf unterzeichnet. Ab September wird der Aufruf veröffentlicht und kann dann von Einzelpersonen und weiteren Organisationen unterzeichnet werden. Ende Oktober soll die Petition mit den eingegangenen Unterschriften in Berlin an die deutsche Delegation zur Weltklimakonferenz überreicht werden.

Die Petition wendet sich mit drei Forderungen an die Bundesregierung. Es werden deutlichere Anstrengungen aller Vertragspartner des Pariser Klimaabkommens angemahnt, um das Ziel zu erreichen, die Erderhitzung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Außerdem müsse das Versprechen der Industrieländer, jährlich hundert Milliarden US-Dollar (rund 95 Milliarden Euro) in die internationale Klimafinanzierung zu investieren, dringend umgesetzt werden. Dazu gehöre auch die Erhöhung des deutschen Anteils von jährlich vier auf sechs Milliarden US-Dollar und bis 2025 sogar auf jährlich acht Milliarden US-Dollar. Bei der dritten Forderung geht es um die angemessene Unterstützung bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten, von denen besonders die ärmsten Länder betroffen sind. In Anwendung des Verursacherprinzips werden die Bundesregierung und andere Industrieländer aufgefordert, Zusagen für zusätzliche Finanzmittel zur Bewältigung von klimabedingten Verlusten und Schäden zu machen.

EU-Taxonomie ohne Atomkraft und Gas

Ebenfalls in der zurückliegenden Woche wandte sich Bischof Rückert an vier Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Anlass war die am 14. Juni auf den Weg gebrachte und zur Beschlussfassung im Europaparlament vorliegende »EU-Taxonomie«. Diese EU-Richtlinie soll zu mehr rechtlicher Klarheit und Transparenz bei nachhaltigen Geldanlagen führen.

Als Bischof wende er sich an die Abgeordneten, weil er kirchliche Investitionen vertrete, die durch die Pensionskasse der EmK getätigt werden. Deren Anlagen erfolgten »unter Berücksichtigung christlicher Werte sozial verträglich, ökologisch und generationengerecht«. Beim aktuellen Vorhaben der EU-Taxonomie würden jedoch Technologien berücksichtigt, »die aufgrund ihrer Auswirkungen bis weit in die Zukunft nicht generationengerecht sind«.

Die eigentlich beabsichtigte Förderung generationengerechter Wirtschaftsaktivitäten werde damit allerdings »geradezu konterkariert«. Die Aufnahme von Atomstrom und Gas würde ein »völlig falsches Signal« setzen. Deshalb bat Rückert die Abgeordneten in seinem Schreiben darum, bei der Beschlussfassung im Europaparlament gegen die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die Umwelt-Taxonomie zu stimmen.

Weiterführende Links

ÖNK-Petitionstext »Die Krisenspirale für die Ärmsten durchbrechen«: www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/fileadmin/kfk_redaktion/Bilder_Aktionen/2022/OENK_Petition_2022_dt_engl.pdf

(PDF in deutscher und englischer Sprache)

Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit: www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de

Brief von Bischof Rückert an Abgeordnete des Europa-Parlaments (siehe Anhang)

Der Autor

Klaus Ulrich Ruof ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main. Kontakt:

oeffentlichkeitsarbeit@emk.de.



**Bischof
Harald Rückert**

Dielmannstraße 26
60599 Frankfurt am Main

Telefon 069 242521-0
Telefax 069 242521-129

bischof@emk.de

Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland KdöR
Der Bischof - Dielmannstraße 26 60599 Frankfurt am Main

An Abgeordnete des Europaparlaments

Herrn Damian Freiherr von Boeselager
Herrn Dr. Patrick Olaf Breyer
Herrn Nico Semsrott
Herrn Martin Sonneborn

per E-Mail

Datum: 15.06.2022

Liebe Abgeordnete des Europaparlaments, sehr geehrte Damen und Herren,

als Evangelisch-methodistische Kirche beschäftigen wir uns schon lange mit den Folgen und Wirkungen von Geldanlagen. In der „Verfassung, Lehre und Ordnung“ unserer Kirche gibt es die sogenannten „Sozialen Grundsätzen“, mit denen unsere Kirche die Botschaft der Bibel konkret in die soziale und gesellschaftliche Situation hinein auslegt und fortentwickelt. Im Rahmen dieser Sozialen Grundsätze gibt es eigens einen Abschnitt mit dem Titel „Die wirtschaftliche Gemeinschaft“, in dem auch das Thema Geldanlagen eine Rolle spielt.

Besonders im Blick auf die Absicherung der Versorgungsleistungen unserer Kirche in einer eigenen Pensionskasse, die Geldanlagen zu verwalten hat, sehen wir eine große Verantwortung für das unserer Kirche anvertraute Geld. Deshalb, so die Statuten dieser Pensionskasse, erfolgen die Geldanlagen unter Berücksichtigung christlicher Werte sozial verträglich, ökologisch und generationengerecht. Wir begrüßen daher die EU-Taxonomie und halten sie für einen wegweisenden Schritt der EU-Kommission zu mehr rechtlicher Klarheit und Transparenz bei nachhaltigen Geldanlagen.

Anfang Juli stimmen Sie im Europäischen Parlament final über die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die Umwelt-Taxonomie ab. **Als kirchliche Investoren bitten wir Sie, gegen die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die Umwelt-Taxonomie zu stimmen.** Aus der Perspektive werteorientierter Investoren sind Atomkraft und Erdgas keine nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten. Im Gegenteil besteht sogar die Gefahr, dass die Taxonomie mit der Aufnahme von Atomkraft und Gas das sogenannte „Greenwashing“ von Finanzprodukten befördert, statt es zu vermeiden.

Mit der Einstufung von Gas und Atomkraft als nachhaltig stellt sich die EU-Kommission gegen die wissenschaftsbasierten Kriterien ihrer eigenen Beratungsgremien und stellt die Glaubwürdigkeit der Taxonomie, aber auch des Europäischen Green Deals insgesamt in Frage.

Die Evangelisch-methodistische Kirche sieht zudem ein Problem darin, dass für Nachhaltigkeit bestimmte Finanzmittel künftig in Technologien fließen, die aufgrund ihrer Auswirkungen bis weit in die Zukunft nicht generationengerecht sind. Die beabsichtigte Förderung generationengerechter Wirtschaftsaktivitäten wird damit geradezu konterkariert. Diese Fehlsteuerung gefährdet aus unserer Sicht die dringend notwendige Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Bischof Harald Rückert